

An die Bundesregierung und an die Bundestagsparteien!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die jetzige Banken- und Börsenkrise ist nicht die erste dieser Krisen und wird nicht die letzte sein. Sie sind eingebettet in die Dauerkrise des Kapitalismus, die Anfang der 70er Jahre weltweite Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung mit drohenden Staatsbankrotten, eine immer schärfere Spaltung der Völker in immer mehr Arme bei zerfallendem Mittelstand und wenige Reiche und Superreiche, rasante Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit, das Wettrüsten und die Kriege um die Schätze der Erde auslöste. Letztere besonders nach Zerfall des sogenannten Sozialismus und des Endes des Ost-Westgegensatzes.

Die Absicht der Bundesregierung die Sicherheit der Ersparnisse der Sparer durch den Staat zu garantieren ist sicher löblich. Sie darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bürger letztlich selbst der Staat sind, die in diesem Falle mit ihren Steuermitteln selbst die Sicherheit der Ersparnisse garantieren würden. Wenn Sie, geehrte Frau Bundeskanzlerin lt. heutigen Pressemeldungen mit der Bundesregierung dafür sorgen wollen, dass „**niemand befürchten müsse, einen Euro der Einlagen zu verlieren**“, so haben Sie und die MinisterInnen offensichtlich einen sehr „toleranten“ Stabilitätsbegriff. Seit Jahren steigt das Preisniveau und erreichte diesjährig eine ca. 3%-Inflationsrate. Selbst die allerjüngsten Sparer, die ihre eventuellen Weihnachtsgeschenke von 100 € auf das Sparbuch bringen, verlieren schon in diesem Jahr 3 € ihrer Ersparnisse. 2009 können es schon 6 € sein. Lohnerhöhungen decken Inflationsverluste nicht mehr ab.

Auch bei uns ist nun das „Kind“ - zum wievielten Male eigentlich? – in den Brunnen gefallen. Im vorigen Jahr traf die Spekulationskrise die Sachsen-LB besonders hart und der dortige Regierungschef musste gehen!

Und nach dem Fall der Immobilienbank Hypo-Real Estate zieht die Regierung – wie in den USA - die Notbremse einer Rettungsaktion, die sich bis gestern bereits auf € 50 Mrd. hochgeschaukelt hat. Es mag sein, dass Sie, Frau Kanzlerin und die Damen und Herren Minister, damit kurzfristig eine „Schieflage des gesamten Finanzsystems verhindern“. Und wieviel diese Rettungsaktion uns Steuerzahlern kosten wird – das steht noch in den Sternen! Wir haben doch in den letzten Wochen bei den Diskussionen über den Haushalt 2009 gehört, dass keine eigenen Reserven vorhanden sind und noch einmal ca. 10 Mrd. € Kredite aufgenommen werden müssen. Und nun soll der Bund diese Rettungsmilliarden verkraften?. Sicher wird ein Teil auf die „Bankengemeinschaft“ abzuwälzen sein.

Aber wieviel muss der Bund letztlich mit Hilfe von Staatsschuldverschreibungen von den wohlhabenden Bürgern – gegen Zins natürlich –leihen und so die Staatsschuld erhöhen und die Klassenspaltung vertiefen?

Wenn die Rettungsaktion bei staatlichen Hilfeleistungen hängen bleibt, so ist das ein Freibrief für Manager von Banken, auch bei künftigen Spekulationen auf den Staat zu bauen! Es geht um die Verhinderung der nächsten Spekulationswelle. Dazu sind einige s o f o r t i g e Maßnahmen nötig, von denen bisher kaum die Rede war. Die Bürgerinitiative A3W schlägt u. a. eine Erklärung der Bundesregierung vor, die durch ein Gesetz des Bundestages und Bundesrates zu ergänzen ist:

- 1. Manager von Banken haften mit ihrem Privatvermögen für Spekulationsverluste.**
- 2. Steuergelder und Staatsschulden werden künftig nicht mehr zur Rettung spekulierender Banken eingesetzt.**
- 3. Zum Schutz der Sparer sind Sparen und reale Investitionen von spekulativen Bankgeschäften so zu trennen, dass sich Banken dafür nicht an den Spareinlagen vergreifen können und dürfen! Spargelder sind zur Schaffung von Arbeitsplätzen in realen Investitionen und für reale Geschäftsvorgänge zu sichern.**
- 4. Banken, die sich der dazu nötigen Kontrolle durch die Bankenaufsicht nicht unterwerfen wollen, werden von der Bundesregierung öffentlich benannt, damit die Sparer künftig entscheiden können, ob sie solchen Banken ihre Ersparnisse weiter anvertrauen wollen.**

Grundsätzlich ist eine neue Geldordnung nötig!

Solange Geld, das eigentlich nur zum Tauschen von Waren an vielen Stellen der Erde von den Menschen in vielgestaltigen Formen als Hilfsmittel für Tauschakte erfunden wurde, durch Horten, zeitweilige Nichtweitergabe auch zum Sprengen des Geldkreislaufs missbraucht werden kann, sind Spekulationswährungs und Wirtschaftskrisen, ja regelrechte Kulturzusammenbrüche und daraus entstehende kriegerische Spannungen zwischen den Völkern nicht zu vermeiden.

Erst wenn sich Geld grundsätzlich der Wirtschaft zur Verfügung stellen muss - auch ohne Zinsbedingung - ist eine friedliche und dauerhafte, soziale gerechte und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten.

Im Kinderlied wurde diesem Grundsatz einer künftigen Geldordnung seit langem Ausdruck gegeben: „Taler, Taler, du musst wandern, von dem einen zu dem andern!“ Nur dann spendet Geld Segen. Kann es durch Hortung den Kreislauf „von dem einen zu dem andern“ unterbrechen, kommt es zur Arbeitslosigkeit, zur Ausbeutung, zur Verschuldung, zum Unfrieden und Bürgerkrieg innerhalb der Völker und zu Kriegen zwischen den Völkern. Anlässe dafür lassen sich auch provozieren!

Die BI A3W ersucht die Bundesregierung und die Parteien erste Schritte zu einem umlaufgesicherten Geld dadurch einzuleiten, indem sie

1. eine öffentliche Debatte dieser Grundsatzfrage ermöglichen, in der die wissenschaftlichen Vertreter eines umlaufgesicherten Geldes gleichberechtigt mit wissenschaftlichen Befürwortern des heutigen Krisen- und Ausbeutungsgeldes in einem Anhörungsverfahren auftreten können. U. a. schlägt die BI A3W den Geldanalytiker Helmut Creutz, Verfasser von „Das Geldsyndrom“ und Professor Bernd Senf, Autor von „Der Nebel um das Geld“ dafür vor.

2. Die Bundesregierung regt im Ministerrat der EU an, regionale Versuche mit umlaufgesichertem Geld in den Mitgliedsländern in Zusammenarbeit mit der EZB und Vertretern schon bestehender REGIO-GELD Ringe länderspezifisch, z. B. in der Bundesrepublik, durchzuführen. Dabei ist auch zu Zwecken des weiteren Studiums UMLAUFGELD zunächst als Zweitgeld einzuführen.

Die sehr guten Erfahrungen in der Region Schwanenkirchen/Bayern und rund um Wörgl/Tirol während der Weltwirtschaftskrise sind dabei heranzuziehen, die wegen ihrer kurzen Laufzeiten nur positive Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit und Gemeindefinanzen zeigen konnten. Beide erfolgreichen Projekte wurden politisch und juristisch abgewürgt, statt sie landes- und reichsweit auf Österreich und Deutschland auszudehnen und so mit der Arbeitslosigkeit auch Hitler zu stoppen.

Auch das ca. 1150 von Erzbischof Wichmann von Magdeburg eingeführte Umlaufgeld, das sich in einer Generation in ganz Mitteleuropa durchsetzte und die 300-jährige Wirtschaftsblüte der Hanse und die Hochkultur der Gotik ermöglichte, beweist die positiven Auswirkungen, die ein Geld, das der Arbeit dienen muss, statt die Arbeit zu beherrschen, auf Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit, Ausgleich zwischen den Gesellschaftsschichten und städtische wie bürgerliche Freiheiten. Der Wiener Religionsphilosoph Dr. Alfred Racek nannte diese Epoche in „Befreiungsphilosophie des Geldes“ mit guten Gründen den „dritten Weg zwischen Feudalismus und Kapitalismus“

Sehr geehrte Damen und Herren der Bundesregierung und der Parteien! Die jetzige Bankenkrise ist nur ein Glied in der Kette des Verfalls der Weltwirtschaft in der ca. 1970 einsetzenden Systemkrise des Kapitalismus. In der Bundesrepublik äußerte sich dieser Abstieg von der Vollbeschäftigung der 60er Jahre mit einem Tiefststand der Arbeitslosigkeit von 149. 000 im Jahre 1969 zum derzeitigen Zustand des „Sanierungsfalls Deutschland“, den die Frau Kanzlerin bereits vor einigen Jahren erkannte und so benannte. Mit den jetzt von der Regierung eingeleiteten Schritten kann das jetzt gerade zerbrochene Glied in der Kette dieses Verfalls für einige Zeit notdürftig geflickt werden, bis die Kette an anderen Stellen erneut reißt. Mit Flickarbeit ist die Systemkrise nicht zu überwinden. Die Bürgerinitiative A3W, deren Positionen von den Liberalsozialen in Bündnis 90/Die GRÜNEN voll unterstützt werden, rufen Sie auf die BRD an der ökonomischen Basis der GELDORDNUNG, ergänzt durch eine ökosoziales BODEN- und STEUERRECHT zu sanieren!

Mit freundlichen Grüßen! Eckehard Hollmann, Michael Krenz. Georg Otto, Vorstand der BI A3W.